

József Bayer (Budapest)

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa

Der Beitrag beschreibt die Entwicklung rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Ost-Mitteuropa nach dem Systemwandel. Im Zentrum der Analyse stehen die Reformländer der Visegrád-Gruppe. Obwohl diese Parteien und Bewegungen in einer gewissen Kontinuität zu ähnlichen politischen Traditionen der Zwischenkriegszeit stehen, führt der Autor ihr Auftreten eher auf soziale Spannungen und Frustrationen bzw. politische Konflikte und Identitätskrisen des Transformationsprozesses zurück. Die traditionellen rechtsextremistischen Gruppierungen sind in Ost-Mitteuropa politisch schwach und isoliert, der politische Populismus hingegen tritt in verstärktem Maße auf. Er stützt sich auf den wieder erstarkenden Nationalismus in der Region und wird vor allem dort zum Problem, wo die politische Mitte sich nicht klar von rechtspopulistischen Parteien abgrenzt oder der Populismus sogar konservative Mitte-Rechtsparteien durchdringt. Neuere Wahlergebnisse bestätigen den Rücklauf solcher Tendenzen als Zeichen der Konsolidierung der Demokratie. Außerdem wirkt die Aussicht auf die Europäische Integration hemmend auf extremistische und populistische Tendenzen, viel mehr noch würde der erfolgreiche Abschluss der EU-Osterweiterung zur demokratischen Konsolidierung der Transitionsländer beitragen.

Einleitung

Demokratische Kräfte in Europa sind heute über das Wiedererstarken rechtsradikaler Parteien und Bewegungen und das von ihnen mobilisierbare Potential besorgt, ein Trend, der sich sowohl in West- als auch in Osteuropa abzeichnet (vgl. Betz 1994; Falter/Jaschke/Winkler 1996; Kühnl et al. 1998; Ramet 1999). Der Grund für solche Tendenzen und ihr politischer Inhalt mag in Ost und West verschieden sein, aber gewiss gibt es auch gemeinsame Elemente. Die Veränderung des politischen Klimas im Westen hängt mit dem anbrechenden postindustriellen Zeitalter und dem postmodernen Wertewandel zusammen, konkreter gesagt mit dem tiefgreifenden sozialen Wandel und neuen Konflikten, die in engem Zusammenhang mit neoliberaler Wirtschaftspolitik und den Folgen der Globalisierung (wie Einwanderung) stehen. Den Hintergrund für die ost- und mitteleuropäischen rechtsradikalen Tendenzen bilden vor allem die seit 1989 mit den

Transformationsprozessen in Ost- und Mitteleuropa (OME) gemachten traumatischen Erfahrungen. In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie gemeinsam mit der nach der Implosion des kommunistischen Regimes einsetzenden Demokratisierung auch rechtsextreme Tendenzen aus der vorkommunistischen Zeit erneut aufbrechen konnten. Damit verbunden ist das Aufdecken von Konfliktquellen, die rechtsradikalen Parteien und Strömungen in Ost- und Mitteleuropa einen Nährboden geben und den Inhalt ihrer Politik bestimmen. Es soll auch abgewogen werden, in wieweit das politische Potential dieser Parteien mit ähnlichen Tendenzen in Westeuropa verglichen werden kann. Dabei beschränkt sich folgende Analyse im Wesentlichen auf Ostmitteleuropa, insbesondere auf die sogenannten Reformländer, die zu den EU-Beitrittskandidaten zählen.¹ Probleme der post-sowjetischen Region und des Balkan, die einer gesonderten Analyse unterzogen werden müssten, werden nur am Rande erwähnt.

Bevor auf die ost-mitteleuropäische Situation näher eingegangen werden kann, müssen Begriffe wie rechtsextremistisch, rechtsradikal und populistisch definiert werden, um den Gegenstand der Analyse genauer zu bestimmen. In Folge der traditionellen Einteilung des politischen Spektrums in Rechts und Links lassen sich alle Parteien an den jeweiligen Polen als extrem bezeichnen. Mit dem Begriff Rechtsextremismus sind aber beispielsweise auch inhaltliche, politische und ideologische Kriterien wie Nationalismus bzw. Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus, Intoleranz gegen jegliche Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit und oft auch gewaltsame Methoden der Konfliktlösung verbunden. Es gibt mehrere Ausprägungsformen von Rechtsextremismus, die sich durch unterschiedliche Gewichtung und Vermischung dieser einzelnen Elemente auszeichnen, wodurch der Begriff für sehr unterschiedliche Parteien angewandt wird. Neuere Arbeiten unterscheiden deshalb vor allem zwischen alten „traditionellen“ (neofaschistischen) und neuen „postindustriellen“ rechtsextremen Parteien, auch wenn es manchmal schwierig ist, den Unterschied exakt zu definieren (Mudde 2000a, 16 ff.). Die Herausforderungen der Globalisierung und der europäischen Integration haben in Westeuropa seit den achtziger Jahren zur Entwicklung einer neuen Art von Rechtsradikalismus beigetragen, der sich vom Rechtsextremismus alten Stils mit seiner Neigung zu Gewalt und Demokratiefeindlichkeit distanzieren will. Als Rechtsextremist eingestuft zu werden, ist heute eine Stigmatisierung, die in manchen Ländern (beispielsweise in Deutschland) auch rechtliche Konsequenzen hat. Begriffe wie Rechtsradikalismus oder Rechtspopulismus versuchen, dieser Differenz zwischen traditionellem – mit dem historischen Faschismus verbundenem – und neuem moderaterem bzw. modernerem Rechtsextremismus Rechnung zu tragen. AnhängerInnen solcher Parteien und Bewegungen lehnen zwar das bestehende soziokulturelle System radikal ab, zeigen Abneigung gegen Individualismus und freien Markt, treten in der Regel für einen starken Staat ein, sprechen aber der Demokratie nicht von vornherein ihre Legitimität ab (Betz 1994, 4). Obwohl sie poli-

tisch radikal sind, sind sie in ihren Kampfmitteln nicht unbedingt extremistisch. Deshalb werden sie oft als postfaschistisch (oder mit einem Wort des ungarischen politischen Philosophen Miklós Gáspár Tamás, als „reformfaschistisch“) eingestuft. Einige Charakteristika des historischen Faschismus sind bewahrt worden, wenngleich diese je nach konkretem politischen Umfeld variieren: wie die Ablehnung von sozialer Gleichheit oder der sozialen Integration marginalisierter Gruppen. Sie negieren auch die Gleichwertigkeit von Menschen, wie dies durch oft anzutreffende rassistische Vorurteile, offene Xenophobie und manchmal spürbaren, verkappten Antisemitismus deutlich wird.

Der Begriff Populismus bezieht sich auf die Eigenschaft, dass Politik sehr vereinfacht dargestellt wird und auf skrupelloser Mobilisierung von Ängsten, Ressentiments, und anderen negativen Emotionen basiert. Mit dieser Methode mobilisieren heutige Rechtsradikale ihr WählerInnenpotential. Populistische PolitikerInnen treten immer im Namen eines Kollektivs (meist einer Nation oder Ethnie) auf und reduzieren die Komplexität politischer Vorgänge. Der Begriff Populismus bezieht sich also weniger auf den Inhalt als vielmehr auf den Stil der Politik. „Populismus ist ein politischer Stil, der sich auf das Volk als homogene Entität bezieht, eine unmittelbare Beziehung zwischen Volk und dem populistischen Politiker verkündet und einen Stammtisch-Diskurs in der Politik betreibt.“ (Mudde 2000b)

Cas Mudde betont die verschiedenen historischen Formen des Populismus. In Ost- und Mitteleuropa hatte vor allem der frühe *agrarische Populismus* große Tradition, er lehnte den industriellen Kapitalismus als ausbeuterisches, menschenfeindliches und noch dazu von Fremden (Deutschen, Juden) aufrechterhaltenes System ab. Stark gelobt wurde dagegen der „einzig gesunde“ Teil der Gesellschaft, das Bauerntum, als dessen Vertreter die populistischen Literaten und Politiker auftraten. Diese Tradition der „Blut- und Boden-Mystik“ hat seit dem Systemwechsel in Osteuropa eine merkwürdige Rückkehr erlebt, wenn auch in abgeschwächter Form, nämlich als Instrument in den Machtkämpfen der neuen Eliten, um ihre Führungsansprüche

zu legitimieren. (Das zeigte sich im wieder entfalteten Streit zwischen Populismus und Urbanismus, der für Außenstehende kaum verständlich ist.) Diese Tradition verbindet sich nun mit zwei weiteren Arten von Populismus. Der *ökonomische Populismus* sieht eine vom Staat gelenkte, die Marktmechanismen korrigierende und ausgleichende Wirtschaftspolitik in einer geschlossenen, von der Weltwirtschaft abgeriegelten nationalen Wirtschaft vor. Dieser war auch eine Antwort auf die Herausforderung und Verwerfung des historischen *laissez faire* Kapitalismus, wobei das bekannteste Beispiel dafür der Peronismus in Argentinien war. Beide erwähnten Richtungen des Populismus können sowohl am rechten als auch am linken Ende des parteipolitischen Spektrums in Erscheinung treten, was durch die millenaristischen agrarsozialistischen Bewegungen und auch die kommunistische Politik, die viele Elemente des ökonomischen Populismus beinhalten, verdeutlicht wird.

Heute dominiert jedoch der *politische Populismus*, der vor allem auf der Dichotomie von „reinem Volk“ und „korrupter Elite“ aufbaut (Mudde 2000b), und die ständig wachsenden Ressentiments gegen das bestehende System zu mobilisieren versucht. Gestützt auf nationalistische, fremdenfeindliche und antiglobalistische Gefühle, verbindet sich dieser Populismus inhaltlich mit den Ängsten, die durch die „Brave New World“, eine globalisierte Welt bzw. die soziale Lage in den postkommunistischen Ländern geschürt werden.

Die heutigen populistischen Tendenzen lassen sich deshalb, trotz der historischen Vorbilder, weniger aus der Geschichte als vielmehr aus den inneren Widersprüchen gegenwärtiger demokratischer Politik verstehen. Diese Gegensätze hängen mit dem Souveränitätsverlust, der allgemeinen politischen Entfremdung, der Auflösung gemeinschaftlicher Solidarität bzw. dem Identitätsverlust, also allesamt mit den für die demokratische Politik neuen Herausforderungen der Globalisierung zusammen. Das zeigt sich darin, dass die traditionellen neofaschistischen Gruppierungen und Parteien weiterhin isoliert bleiben und ebenso wie in der Nachkriegszeit auch im heutigen demokratischen Wahlkampf

keine Erfolge erringen können. Es sind die vom Populismus durchdrungenen neueren Varianten rechtsradikaler Politik, die erstaunliche Wahlerfolge erzielen können. Diese stützen sich zwar oft auf aus dem historischen Faschismus stammende Denkmuster und Diskurselemente, ihrem Wesen nach sind sie trotzdem neue Erscheinungen.

Auf den osteuropäischen Kontext übertragen, finden wir in der ganzen Region am rechten Rand des politischen Spektrums Tendenzen, die dem westlichen radikalen Populismus sehr ähnlich sind. Im Sog des sich neu entwickelnden politischen Pluralismus haben zwar auch neofaschistische Gruppierungen von den größeren Freiheiten profitiert und sich rasch organisiert, aber sie sind genauso einflusslos wie im Westen geblieben. Populismus ist viel stärker ausgeprägt und dringt tief in die größeren Parteien ein, wenn auch in einigen Parteien solche Tendenzen ausgeprägter sind als in anderen.

Das wirft Licht auf einen wesentlichen Unterschied zwischen Rechtspopulismus im Westen und im Osten. In der demokratischen Öffentlichkeit im Westen haben solche Parteien trotz gewisser Wahlerfolge das Image eines schwarzen Schafes. Sie müssen um Anerkennung ringen, konservative Demokraten grenzen sich von ihnen entschlossen ab. Im Osten sind solche Tendenzen provinzialistischer und altmodischer, da meist Elemente aus der vom Kommunismus unterdrückten Tradition des früheren agrarischen Populismus übernommen werden und sich auch stärker und unbekümmerter der Ideen und Losungen des historischen Faschismus bedienen. Viel wesentlicher ist aber, dass der radikale Populismus auch in Parteien rechts der Mitte stark vertreten ist. So sind die Grenzen zwischen moderaten und extremistischen Rechten oft fließend, in einigen Fragen sind sie sogar von einander kaum unterscheidbar. Der Grund dafür ist, dass die schwachen konservativen Parteien solche Tendenzen im Kampf gegen die demokratische Linke gerne instrumentalisieren. Rechtsradikale Parteien sind in den westlichen Demokratien Randerscheinungen, während sie in Ost- und Mitteleuropa oft als mögliche kleinere Koalitionspartner oder als Mehrheitsbeschaffer gebraucht werden.

Systemwechsel und das Auftreten rechtsradikaler und populistischer Strömungen

Das Auftreten rechtsextremistischer Tendenzen im östlichen Teil Europas steht im Zusammenhang mit der Implosion des kommunistischen Regimes. Der demokratische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa setzte einen breiten Transformationsprozess in Gang, dessen Dynamik sowohl die Politik als auch die Wirtschaft und bald alle anderen Lebensbereiche erfasste. Der aus einer verschleppten Krise erfolgte Systemwechsel hat die frühere Einparteiensherrschaft beseitigt und den Weg für (weitere) Reformen geebnet. In der Politik sind über Nacht neue Bewegungen und Parteien entstanden, in Folge eines freien Vereinswesens begann sich auch die Zivilgesellschaft, neu zu formieren. Die politische Transformation öffnete den Weg für marktwirtschaftliche Reformen, die Privatisierung verstaatlichter Industrien und landwirtschaftlicher Kollektive.

Dieser Transformationsprozess war aber von Anfang an mit Konflikten verbunden. Die Veränderungen erschütterten nicht nur alte Strukturen, Bindungen und Identitäten, sondern die bloße existentielle Sicherung breiter Schichten. Als der politische Prozess diese neuen Konflikte nicht mehr aufarbeiten konnte, wurden bald auch die Schattenseiten der demokratischen Veränderungsprozesse sichtbar. In der gesamten Region lebte ein überhitzter Nationalismus und radikaler Populismus wieder auf, wenngleich die einzelnen Länder davon nicht in gleichem Maße und in gleicher Intensität betroffen waren. Dies hat die anfängliche Euphorie über die Wende schnell gedämpft. Besonders katastrophale Auswirkungen hatten diesbezüglich die blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen in den sich auflösenden ehemaligen Vielvölkerstaaten wie Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion. Niemand konnte mehr die Wirksamkeit extremistischer Ideologien und Politiken verharmlosen.

Die erste Reaktion im Westen war Erstaunen und Entsetzen. Man sprach vom Aufstand der Geschichte und von der Rückkehr der Dämonen (wohl der dreißiger Jahre). Die auftretenden

populistischen und rechtsextremistischen Tendenzen wurden oft als Beweis dafür gesehen, dass die politische Kultur der Ost- und MitteleuropäerInnen unterentwickelt sei. Sie würde eine historische Altlast mit sich tragen und sei daher noch nicht reif für Demokratie und eine schnelle europäische Integration. Auf Grund der bereits erfolgten detaillierteren Bestandsaufnahmen über populistische und rechtsextremistische Strömungen lässt sich heute ein differenzierteres Bild zeichnen. An die Stelle des anfänglichen Schocks und der Ratlosigkeit sind nüchterne Analysen getreten. Im Nachhinein lässt sich eher fragen, ob der Rechtsruck bis ins Extreme nach vierzig Jahren linker Diktatur wirklich so überraschend war. Dass die radikale Systemänderung niemand hatte voraussagen können, ist verständlicher als die den negativen sozialen und politischen Folgen des Systemwechsels entgegengebrachte Arglosigkeit. Umgekehrt waren DemokratInnen aus Ost- und Mitteleuropa nicht weniger darüber erstaunt, dass solche Tendenzen in den westeuropäischen demokratischen Wohlfahrtsstaaten wieder Raum gewinnen konnten.

Die allgemeinen Elemente des Rechtsextremismus (wie Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit) und die Idee des starken Staates (sowohl als Ordnungsmacht als auch als soziales Korrektiv) werden im osteuropäischen Kontext durch weitere Aspekte wie Antikommunismus, das Schüren ethnischer Konflikte, Antipluralismus und Intoleranz gegen Minderheiten ebenso wie Anti-Amerikanismus, im Sinne von Ablehnung westlicher Kultur, ergänzt (Williams 1999, 29).

Worin sind die wichtigsten Gründe für das Auftreten rechtsradikaler und populistischer Strömungen in Ost- und Mitteleuropa zu suchen? Erstens, in der Vorgeschichte der neuen Demokratien, vor allem in den wieder belebten Traditionen aus der Zwischenkriegszeit, deren Konflikte unter der kommunistischen Diktatur eingefroren und unterdrückt wurden. Damals existierten überall in der Region starke populistische Tendenzen ebenso wie faschistische Bewegungen und Parteien. Die Vorkriegsregime waren – mit Ausnahme der Tschechoslowakei – autoritär, die meisten wurden zu Verbündeten des Drit-

ten Reiches, unterdrückten und verfolgten demokratische Kräfte und waren oft Mittäter des Holocaust. Ihre politisch am meisten exponierten Vertreter sind vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in den Westen geflohen. Nach 1989 haben sich viele wieder gemeldet, einige versuchten sogar, in die postkommunistische Politik einzusteigen (was nicht heißen soll, dass vorwiegend Rechtsradikale emigrierten, im Gegenteil, die meisten unter ihnen waren Demokraten). Die Situation der einzelnen Länder ist jedoch diesbezüglich sehr verschieden und bedarf daher einer getrennten Betrachtung.

Zweitens, der Grund für das Wiedererstarken rechtsradikaler Tendenzen ist trotzdem nicht in der massiven Nostalgie für die autoritäre Vorgeschichte der betroffenen Länder zu suchen, sondern wurzelt vielmehr in den heutigen Problemen der Transformation. Die durch die radikalen Veränderungen hervorgerufene wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Krise begünstigt das Auftreten und bestimmt den Spielraum von rechtsradikalen Bewegungen und Parteien. Es konnten sich nicht gleich alle Menschen auf die neuen Verhältnisse umstellen. Besonders unter den VerliererInnen des Transformationsprozesses lässt sich eine größere Anfälligkeit für populistische und rechtsradikale Argumentation vermuten, obwohl dies kein durchgängiges Phänomen darstellt. (In Ungarn mobilisiert die „Partei der ungarischen Wahrheit und des (ungarischen) Lebens“ (MIÉP) ihre AnhängerInnen eher aus den Reihen der besser gestellten Leute des ehemaligen „christlich-nationalen“ Mittelstands.) Wie Untersuchungen zur politischen Kultur zeigen, sind nicht alle BürgerInnen fest von den Vorteilen der liberalen Marktwirtschaft überzeugt, besonders wenn diese mit dem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen verbunden ist, während politischer Pluralismus oder liberale Toleranz ihnen fremde Phänomene sind.

Die Transformationskrise der Wirtschaft traf die meisten BürgerInnen sehr hart. Die hohe Verschuldung (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) und die nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur erzwang radikale Lösungen, ob durch Schocktherapie oder schrittweisen Anpassungszwang. Steigende Inflation, wach-

sende Arbeitslosigkeit, tiefe Einschnitte in das Einkommen schienen überall unvermeidlich zu sein. In ihrer Dimension ist diese Krise durchaus mit der großen Weltwirtschaftskrise vergleichbar. Während der Transformationskrise sank das BIP um beträchtliche 15 bis 40 Prozent und erreichte in den meisten OME-Ländern erst wieder gegen 2000 das Niveau von 1989 (Tóth/Grajczar 2001, 40 ff.). Auch das Realeinkommen ist stark gesunken und liegt immer noch unter dem Niveau von 1989, zudem ist es wesentlich ungleicher verteilt als früher. Die sich aus der sozialen Polarisierung und Verarmung ergebenden Frustrationen können immer für populistische Demagogie missbraucht werden, während die Verschuldungskrise und die mit westlichem Geld erfolgten Privatisierungen leicht identifizierbare Sündenböcke schaffen: das internationale (jüdische, deutsche, amerikanische) Kapital und seine Institutionen wie IWF und Weltbank, die „uns“ zugrunde richten. Die tiefe Sozialkrise hat Irritationen und Intoleranz besonders Minderheiten gegenüber, auf die alle Schuld abgewälzt werden konnte, geweckt.

Neben Wirtschafts- und sozialer Krise sind jedoch ideologische und politische Faktoren nicht weniger bedeutend für das Auftreten rechtsradikaler Tendenzen. An erster Stelle steht der wieder erstarkende Nationalismus in der gesamten Region. Nationalismus ist eine ideologische Form der kollektiven Identität, die gerade in Krisenzeiten, nach Auflösung früherer politischer und sozialer Bindungen, eine Identifizierung mit einer breiteren Gemeinschaft erleichtert und Sicherheit für verunsicherte Menschen schafft. Ernst Gellner meinte, dass in einer schwach entwickelten Zivilgesellschaft (eine Folge der kommunistischen Herrschaft) der Nationalismus die am leichtesten zugängliche neue Form der Identifikation sei (Gellner 1992). Erstaunlich ist weniger sein Auftreten als eher seine Schwäche und relativ moderate Form. Seine Intensität hängt freilich sehr stark von den Umständen des Systemwechsels ab. Der Nationalismus ist dort am stärksten, wo ein neuer Staat entstanden ist und eine neue staatlich-politische Identität ideologisch-kulturell unterstützt werden musste. Wo dieser Prozess mit heftigen Konflikten, sogar mit Krieg verbunden war, dort

steigerte sich der Nationalismus bis zum Chauvinismus und die Identifikation ging mit Hass gegenüber anderen rivalisierenden Nationen bzw. Ethnien einher. Eine andere Form ist das Schüren des Nationalismus für Legitimationszwecke der alten oder der neuen Elite. Im ersten Fall betrieben durch einstige Nomenklaturisten, die vom kommunistischen zum nationalistischen Kurs der Kollektivideologie umschwenkten, um sich an der Macht halten zu können. Dies geschah vor allem auf dem Balkan und in südasiatischen Nachfolgestaaten der SU. Den zweiten Fall repräsentieren konservative Kräfte, die das Konzept der nationalen Identität für die Legitimierung ihrer zurückgewonnenen Führungsposition missbrauchen wollten. Wie Miroslav Hroch (1993, 6) schrieb, waren die neuen ehrgeizigen Eliten, denen die Macht in den Schoß gefallen war, verunsichert und suchten eine ideologische Untermauerung. Sie pochten auf den historisierenden Nationalismus als integrierende Ideologie, und da die Bevölkerung nicht gleich auf dieses Konzept einstieg, wurde ein echter Kulturkampf entfacht, vor allem der Kampf um die Kontrolle der Medien. Der Nationalismus hätte freilich nicht zum Extremismus führen müssen, aber die Herstellung der historischen Kontinuität war zugleich mit der Rehabilitation sehr problematischer autoritärer Traditionen der Zwischenkriegszeit verbunden. Die Abgrenzung zwischen konservativer und extremer Rechten war schon vor dem zweiten Weltkrieg unklar. Es entstand daher kein moderner, demokratischer Konservatismus, sondern er blieb mit vielen antidemokratischen Elementen behaftet, die einen guten Nährboden für rechtsextreme Tendenzen gebildet hatten (Schöpflin 1993, 7 ff.).

Die hektische Parteipolitik der ersten Jahre und die anfängliche Parteifeindlichkeit der breiten Öffentlichkeit haben das ihre zur Erstarkung des Rechtsradikalismus beigetragen. Die Parteien haben in der Regel einen sehr niedrigen Organisationsgrad, sind eher Kaderparteien und konzentrieren sich um einige Führungspersönlichkeiten. Der heftige Parteienstreit hat zur Verrohung des öffentlichen Diskurses beigetragen und die Reizschwelle für grobe extremistische Aussagen wurde immer niedriger.

Da der Transformationsprozess in den einzelnen Ländern unter sehr unterschiedlichen politischen Bedingungen abgelaufen ist, weisen die Bewegungen und Parteien sehr verschiedene Ausprägungsformen von Rechtsextremismus auf. Im Folgenden wird den wichtigsten Ausprägungen dieser rechtsextremen Tendenzen in den Visegrád-Ländern nachgegangen, um dann das Spektrum der analysierten Länder etwas auszuweiten und einige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Visegrád Gruppe: Polen und Ungarn, Tschechische und Slowakische Republik

Polen und Ungarn waren seit den achtziger Jahren die Vorreiter der demokratischen Transition. In beiden Ländern bildeten sich markante rechtsradikale Tendenzen heraus, blieben aber bisher am Rande des politischen Systems.

Als Hauptproblem der radikalen Rechten nannte David Ost in seiner exzellenten Studie zu diesem Thema, auf die im Folgenden Bezug genommen wird, die Tatsache, dass ihnen heute ein plausibler Gegner fehle, welcher den aufgestauten Hass auf sich fokussieren ließe (Ost 1999, 88). Im Polen der Zwischenkriegszeit existierte eine starke populistische Tradition, die vor allem gegen Kapitalismus, Deutsche und Juden gerichtet war. Der nazi-deutsche Angriff gegen Polen hat sogar den (ansonsten nicht sehr starken) faschistischen Kräften den Boden für ihre Politik entzogen. Nach dem Krieg haben die Kommunisten viele Populisten integriert. Heute gibt es keine Juden mehr, die deutsch-polnischen Beziehungen sind gut und auch rechtsextreme Kräfte befürworten den Kapitalismus, wenngleich sich dieser vom bestehenden wesentlich unterscheiden sollte.

Der traditionelle Rechtsextremismus überlebte höchstens in Kreisen der polnischen Emigranten, während er in der sich gegen die kommunistische Herrschaft formierenden Opposition keine Rolle spielte. Einzig in der radikal nationalistischen KPN (Konföderation für ein Unabhängiges Polen), unter der Parteileitung von Leszek Moczulski, und in einigen antisemitischen Publikationen haben sich extremistische Tendenzen bemerkbar gemacht. Erst nach dem Systemwechsel von 1989 trat der rechte

Radikalismus in Erscheinung, anfangs zusammen mit den moderaten Rechten, denn beide Bewegungen traten provokativ gemeinsam am 1. Mai im Warschauer Kulturpalast auf. Die bekannteste Bewegung war die „Polnische Nationale Gemeinschaft“ unter der Führerschaft von Boleslaw Tejkowski, der die *Solidarnosc* als antipolnisches Instrument des jüdischen Nationalismus angriff. Tejkowski wurde 1995 zu zwei Jahren Haftstrafe (bedingt) verurteilt. Die Organisation war auch wegen ihrer Nähe zu Vladimir Zhirinovski berüchtigt. Später wurde sie von der „Polnischen Nationalen Wiedergeburt“, der wichtigsten neofaschistischen Organisation, unter der Führerschaft von Adam Gmurczik, abgelöst. Letztere hatte ihren geistigen Ursprung in der antisemitischen Literatur der achtziger Jahre. Im Gegensatz dazu trat die „Nationale Bewegung“ in die Fußstapfen von Roman Dmowskis antisemitischer Tradition der *Endecja* aus den 1920er Jahren. Polen gehört den Polen, wurde gerufen und erklärt, dass der polnische Staat ein Staat der polnischen Nation und nicht einfach der polnischen Staatsbürger sein müsse (Ost 1999, 94). Diese beiden Organisationen waren klein und hatten nur einige hunderte AnhängerInnen.

Die erste gut organisierte Bewegung war die „Polnische Nationale Front“ unter Janusz Bryczkowski (nach seinem 1991 erfolgten Ausschluss aus der Grünen Partei). Die Demokratie wurde wegen der Begeleiterscheinungen der Transition – wie hoher Arbeitslosigkeit, der Zerstörung der Gesellschaft, Raub und Korruption – als Betrug verteufelt. Die Schuld dafür wurde den Minderheiten (Juden, Roma und AusländerInnen) zugeschoben, oft kam es auch zu Verhetzungen und sogar physischen Angriffen gegen rassische Minderheiten. Alle diese neofaschistischen Organisationen hatten wenig politisches Gewicht. Stark trat jedoch von Anfang an der neue politische Populismus auf, der sich schon 1990 über den Präsidentschaftskandidaten, den kanadischen Emigranten Stanislaw Timinsky, und seine „Partei X“, zu Wort gemeldet hatte. Timinsky versuchte durch populäre Verheißungen, die von der Schocktherapie müde und verzweifelte WählerInnenschaft zu gewinnen. Er konnte die Präsidentschafts-

wahl nicht gewinnen und auch seine Partei konnte bei den Parlamentswahlen von 1993 nicht mehr als 2,7 Prozent erreichen. Stärker in der polnischen Tradition verwurzelt scheint dagegen die „Agrarische Selbstverteidigung“, eine die Kleinbauern repräsentierende Partei. Ihr Führer ist Andrzej Lepper, der von David Ost als eine Mischung aus Robin Hood und Mussolini charakterisiert wurde (Ost 1999, 97). Er agierte gegen die „kriminelle Liberalisierung“ der Wirtschaftspolitik und erhielt 2,8 Prozent bei den Wahlen 1993. Bei den letzten Wahlen schaffte er erneut den Einzug in den Sejm und erreichte 10,2 Prozent der Stimmen bzw. 53 Mandate. Aus dieser Parteiengruppe konnte bei den Parlamentswahlen 1993 lediglich noch die KPN die Fünfprozenthürde überspringen.

Auch weniger radikale rechtskonservative Parteien weisen extremistische Elemente und Ideen auf. Zu erwähnen ist die „Christliche Nationale Union“ unter der Führerschaft von Prof. Wieslaw Chrzanowski. Die Partei versuchte Mitte-rechts- und extrem rechte Aspekte zu vereinen, die Betonung der christlichen Werte wurde oft gemischt mit wenig christlicher antisemitischer Argumentation. Die zweite Organisation ist die von Jan Olszewski und Antoni Macierewitz geführte „Bewegung für den Wiederaufbau Polens“. Ihre Ideologie ist durchdrungen von verschwörungstheoretischen Annahmen, sie kritisieren den „antipolnischen“ Kapitalismus und möchten an seine Stelle einen echten, redlichen, polnischen Kapitalismus setzen. Das klingt gut für viele ArbeiterInnen, die die VerliererInnen des Systemwandels sind.

Die rechtspopulistische Szene ist auch von nicht parteipolitischen Akteuren besetzt. Der Sender „Radio Maria“ verkündet einen katholischen Fundamentalismus in manichäischem Stil, die Welt wird als Ort des Kampfes zwischen moralisch Gutem und Bösem interpretiert. Wegen seinem militanten Stil sah sich die katholische Kirche veranlasst, sich von dem Sender zu distanzieren. Es gibt Medienstars, wie vor allem Wojciech Cejrowski, die in ihren eigenen politischen Shows die Weltanschauung der neuen Rechten in demagogischer Weise zum Ausdruck bringen und verbreiten. Die „Liga der Republikaner“, unter Mariusz Kaminski, ver-

kündet auch einen utopischen Kapitalismus, durch den alle redlichen Menschen belohnt würden, und eine christliche Welt, in der die Linke keinen Platz habe. Mit dem „Bund Unabhängiger Studenten“ organisierten sie Störaktionen bei Auftritten liberaler und linker PolitikerInnen. Neue Medien verbreiten auch fundamentalistische Ansichten und greifen die Aufklärung, den Liberalismus ebenso wie die Linke an, ein Beispiel dafür ist die Zeitschrift *Fronda*.

Rechtsradikale Tendenzen sind auch innerhalb der *Solidarnosc* aufgetreten, eine Tatsache, die nach Erklärung verlangt. Nationale Belange waren in der Bewegung während der Zeit ihrer Opposition stark akzentuiert, bekannt ist auch die Unterstützung, die diese Bewegung durch die katholische Kirche erfahren hatte. Während ihrer Opposition wurde *Solidarnosc* trotzdem von liberalen Intellektuellen beraten und teils geführt. Nach der Wende, als die liberale Schocktherapie begann, mussten die ArbeiterInnen dafür den größten Preis bezahlen. Rechtspopulistische Attacken richteten sich vermehrt gegen „Raubprivatisierung“ anstelle von „universeller Privatisierung“ (wo auch ArbeiterInnen ihren Anteil erhalten sollten) und gegen einen „unpolnischen“, von „Fremden“ dominierten Kapitalismus. Eine aufgehetzte rechtsradikale Protestkultur entwickelte sich um den Arbeiterführer Ursus Wrzodak. Reichtum und Macht sollten den „wirklichen“ Vertretern der Nation übergeben werden, die eine gerechte kapitalistische Ordnung einführen würden, die sich durch christliche, moralische Werte, den Vorrang von Kleineigentum und intakte Familien auszeichnen würden. Die Quelle dieses Rechtsruckes sieht David Ost in der Ausgrenzung der ArbeiterInnen aus der Politik, bei gleichzeitiger Verarmung und dem Gefühl, anonymen Gesetzen des Marktkapitalismus ausgeliefert zu sein. Die Aneignung der Sprache der „irrationalen“ Verschwörungstheoretiker und antiliberaler, sogar antidemokratischer Ideen war eine Reaktion darauf, dass die Liberalen im Namen der Vernunft unerträgliche Opfer von ihnen abverlangten, ohne sie dafür zu kompensieren (Ost 1999, 105 f.). Ihr Zorn konnte leicht für die radikale Rechte mobilisiert werden, die auch in die *Solidarnosc*-Wahl-

koalition im Jahre 1996 Eingang gefunden hatte. Nach David Ost müssen die ArbeiterInnen in die Demokratie und in das neue System erst integriert werden, um diese Situation zu ändern. Die radikale Rechte sieht er auf lange Sicht erfolglos, weil auch die *Solidarnosc* letztendlich eine Gewerkschaft ist, die auf einem demokratischen Ethos basiert, das sich mit dem rechten Autoritarismus schwer verträgt (Ost 1999, 108).

In Ungarn gab es vor der Wende keine Spur von rechtsradikalen Tendenzen. In der sich formierenden Opposition der achtziger Jahre gab es zwei Grundrichtungen, die der liberalen und die der nationalen Demokraten, aus denen sich später der „Bund der Freien Demokraten“ bzw. das „Ungarische Demokratische Forum“ (UDF) entwickelte. Während bei den Nationaldemokraten populistisches Gedankengut reichlich vorhanden war, waren ihnen rechtsradikale Ideen völlig fremd. Sie kritisierten das bestehende System eher von links als von rechts. Das rechtsradikale Potential ist nach dem Krieg aus Ungarn fast völlig verschwunden, solche Kreise lebten höchstens in der Emigration weiter. Und auch dort waren sie ziemlich isoliert; die letzte große Emigrationswelle aus Ungarn, 1956, bestand überwiegend aus überzeugten DemokratInnen. Die populistische Tradition hatte bereits in der Vorkriegszeit gleichermaßen linke wie rechte Ausprägungen (Lackó 1996, 107 ff.) und konnte später vom kommunistischen Regime leicht integriert werden. Eine wichtige Ausnahme ist der politische Philosoph István Bibó, dessen Werk und Namen sich 1989 alle demokratischen Bewegungen auf ihre Fahnen geheftet hatten.

Kurz nach der Wende sind rasch kleine, aber umso lautere neofaschistische Gruppen aufgetreten und haben ihre Organisationen ausgebaut. Ihre Mitgliederzahl ist äußerst niedrig geblieben, sie stieg nie über ein paar Hundert an. Im Hintergrund standen meist ehemalige Nazis (Pfeilkreuzler im ungarischen Kontext), die ihre Statthalter in Ungarn aus dem Ausland finanzierten und instruierten. Sie haben 1994 die „Hungaristische Bewegung“ von Szálasi Ferenc, faschistischer Führer und Diktator in der Endzeit des II. Weltkrieges, wieder belebt. (Nach

dem Krieg wurde Szálasi wegen seiner Verbrechen vom Volkstribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet.) Zwei extremistische Parteien wurden gegründet: die „Weltationale Volksherrschaftliche Partei“ unter Führung von Albert Szabó (Der Name der Partei ist eine wortwörtliche Übersetzung; die ideologische Verworrenheit der Partei kommt schon in ihrem Namen zum Ausdruck); die zweite ist die „Nationale Front“ (*Nemzeti Arcvonal*), die unter der Führung von István Györkössy stand und heute noch steht. Sie setzte dort fort, wo der Faschismus unterbrochen worden war; scharfer Rassismus und Antisemitismus, militaristische Gebärden, völkische Parolen und ein heftiger Antikommunismus waren ihr wichtigstes ideologisches Rüstzeug. Die Partei von Szabó hatte eher lächerliche als einschüchternde Straßenauftritte in Budapest, obwohl der militärische Aufmarsch der Skinheads von vielen Opfern der Nazis als unheimlich und beleidigend empfunden worden sein musste. Um mehr Sympathie zu bekommen, wurde später der Name dieser Partei in „Ungarischen Wohlfahrtsbund“ geändert. Szabó wurde mehrmals wegen Hetze gegen ethnische Gemeinschaften vors Gericht zitiert, wurde aber nie verurteilt. Im Jahr 2000 gab er auf, die Partei löste sich auf und er ging zurück nach Australien. Die „Weltationale Volksherrschaftliche Partei“ existiert zwar heute noch, konnte aber auch die Isolierung nicht durchbrechen. Beide Parteien blieben politisch bedeutungslos und konnten nie ernsthafte Erfolge erzielen. Sie stützten sich auf die Skinheads, die ihre Veranstaltungen absicherten. Die Skinhead-Bewegung ist vor allem bei jugendlichen Randgruppen in Mode gekommen. Mitglieder dieser Bewegung begingen unter den anomischen Verhältnissen der ersten Jahre der Transformation Atrozitäten gegen Roma, AusländerInnen und Juden, dennoch wollten mehrere rechtspopulistische Kräfte sie unter ihre Fittiche nehmen und verteidigten sie als „national gesinnte Jungen“. Die parlamentarische Partei der Kleinlandwirte hatte bis 1995, noch länger als die MIÉP, die Skinheads als eine interne Gruppe geduldet und sie erst auf Druck der Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es gibt auch außerhalb der Parteien viele kleinere neofaschistische Grup-

pierungen, welche Kontakte mit ausländischen Organisationen aufgenommen hatten und teils von dort mit Geld und Know-how versorgt wurden. Bekannt wurden sie durch die straff organisierten faschistischen Aufmärsche auf der Budaer Burg, wo sie den Ausbruch der eingekreisten Nazis aus der Burg am 15. Februar 1945 feierten. Im Jahr 1998 griff die Polizei ein, es wurde eine Schlägerei provoziert, worauf viele – darunter österreichische, tschechische und deutsche Neofaschisten – verhaftet und ausgewiesen wurden. Inzwischen ist die Skinhead-Bewegung kleiner und einflussloser geworden.

Wenngleich neofaschistische Parteien und Gruppen isoliert und schwach geblieben sind, im rechten Spektrum des Parteiensystems war ebenfalls ein Rechtsruck zu verzeichnen. Zwei Parteien sind hier von Bedeutung, die „Partei der Kleinlandwirte“ (FKGP) und die im Jahre 1993 aus dem „Ungarischen Demokratischen Forum“ abgespaltene „Partei der Ungarischen Wahrheit und des (ungarischen) Lebens“ (MIÉP). Die historische Kleinlandwirte-Partei war früher eher links eingestellt, bei ihrer Neugründung 1989 verschob sich ihre Politik aber in eine rechtspopulistische Richtung. Unter der Führung des wortmächtigen Demagogen József Torgyán entwickelte sich die Partei in eine extrem antikommunistische und nationalistische Interessenpartei, vor allem der Kleinbauern und des Kleinbürgertums auf dem Land. Der Parteiführer attackierte primär die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe, beschimpfte die „grünen Barone“ und bestand auf eine volle Reprivatisierung bezogen auf das Jahr 1947 (als die Ungarndeutschen schon vertrieben waren). Von der „Blut- und Bodenmystik“ behielt jedoch Torgyán nur den Boden. Bei seinen öffentlichen Auftritten argumentierte er eher traditionistisch als rechtsradikal und passte trotz seiner populistischen Rhetorik darauf auf, eher politische Anschuldigungen vorzubringen als antisemitische oder rassistische Äußerungen zu machen. In der ersten und dritten Legislaturperiode nach der Wende fungierte die FKGP als Koalitionspartner der dominanten Mitte-Rechtspartei (erst des UDF, dann des *Fidesz*). Zermürbt wurde die Partei erst seit 2001 wegen der Häufung von Korruptionsskandalen, die von der

dominanten Regierungspartei *Fidesz* (Ungarische Bürgerliche Partei) ausgenutzt wurden. Die Partei splitterte sich in mehrere kleinere Parteien und Fraktionen auf, wodurch sie ihre Chance für die kommenden Wahlen verspielte.

Aus Enttäuschung über den Ablauf des Systemwechsels formierte sich die zweite rechtsradikale Partei, die MIÉP. Ihr Anführer war und ist István Csurka, ein begabter Dramatiker, der die Ideologie und Strategie der Partei bestimmt. In seinem 1992 verfassten Pamphlet verkündete er, dass kein wirklicher Systemwechsel stattgefunden habe. Unzufrieden mit dem kompromisshaften Charakter der Wende, forderte er eine harte Abrechnung mit der früheren Elite und einen durchgehenden Elitenwechsel, notfalls unter Umgehung rechtsstaatlicher Normen. (Darauf hat der trotzbende Ministerpräsident József Antall geantwortet: „Hätten Sie gefälligst eine Revolution gemacht!“) Csurka suggerierte eine Verschwörung von amerikanischem und jüdischem Kapital zusammen mit der einstigen Nomenklatura, die nun ihre politische für eine wirtschaftliche Macht eingetauscht habe. Er kritisierte die „Raubprivatisierung“, durch die das Land an die früheren Manager und das internationale Kapital ausverkauft werde, die ungarische Politik werde von einer Washington-Tel Aviv Achse geleitet. Er beklagte auch den Trianon-Vertrag und forderte eine Grenzrevision, besonders nach der Auflösung von Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Er machte sich Gedanken über den Verfall des Ungarntum, dessen genetisch-biologischer Bestand durch Roma und Sinti weiter verschlechtert werde. Weitere verschwörungstheoretische, antisemitische und rassistische Argumente, sowie eine wachsende revisionistische Grundstimmung sind die Basis für seinen – von ihm als solchen bezeichneten – „nationalen Radikalismus“. Csurka organisierte eine „Bewegung des ungarischen Weges“ innerhalb der Regierungspartei, so dass er nach seinem Ausschluss aus dem UDF sofort eine eigene Partei und Fraktion gründen konnte und ihm ein guter Teil der Partei folgte. Das hat wohl zur katastrophalen Niederlage des UDF bei den Parlamentswahlen im Jahre 1994 beigetragen.

Trotzdem schaffte die MIÉP – wenn auch nur knapp – die Fünfprozentklausel erst im Jahre 1998. Die Partei spielte eine interessante Rolle im Parlament als Opposition der Opposition und half der Regierung immer bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen aus. Besonders seit dem Zerfall der Kleinlandwirte-Fraktion ist ihre Rolle bedeutender geworden. Dafür wurde die Partei reichlich mit Positionen in den öffentlichen Medien belohnt. Auf Grund der verstärkten öffentlichen Propaganda träumte die MIÉP schon von einem großen Erfolg bei den nächsten Wahlen.

Trotz des extrem nationalistischen und antisemitischen Grundtons (was durch eine kodierte Sprache nur ungeschickt getarnt wird) ist die MIÉP keine ausgesprochen neofaschistische Partei. Sie benutzt zwar ideologische Versatzstücke der Nazis – sie spricht gerne von Lebensraum bzw. beschimpft Liberale und Sozialisten als Judeobolschewiken. Aus dem Ungarntum schließt Csurka alle anderen Parteien, außer sich und dem *Fidesz*, aus. Dieser Nationalismus ist vor allem politisch motiviert, da nationale Minderheiten nicht zahlreich und voll integriert sind. Deshalb wird vom politischen Gegner behauptet, er sei „fremden Herzens“; und im Kulturkampf der „nationalen“ gegen „nicht nationale“ Kräfte scheinen alle Mittel recht zu sein. Er donnert auch gerne gegen die Zinsknechtschaft gegenüber IWF und Weltbank bzw. unterscheidet raffendes und schaffendes Kapital. Er besteht auf einem starken Ordnungsstaat, wobei ihm rechtstaatliche Garantien nicht viel bedeuten. Csurka bedient sich neuerdings vermehrt antiglobalistischer Argumente und baute gute Beziehungen zu Le Pen, Jörg Haider und anderen Rechtspopulisten auf.

Die Partei prangert aber oft reale soziale Probleme und von anderen Parteien verschwiegene Missstände an, was ihr bestimmte Sympathien und AnhängerInnen einbrachte. Die Zahl der Parteimitglieder stieg bis auf 18.000 an und dem Parteiführer schwebte schon das Beispiel Haiders vor Augen. Die Hälfte ihrer AnhängerInnen kommt aus Budapest, vorwiegend aus den eleganteren Budaer Bezirken, wo die Nachfolger des früheren christlich-nationalen Mittelstandes am stärksten konzentriert sind. Gene-

rell sind unter ihren WählerInnen und AnhängerInnen KleinbürgerInnen und Teile der staatsabhängigen Intelligenz überrepräsentiert, was den soziologischen Charakter dieser Art Populismus zeigt.

Seit die Partei im Parlament sitzt, wurde Csurka zurückhaltender und gebärdet sich staatsmännischer. Parteizellen, welche mit neofaschistischen Gruppen zusammenarbeiteten, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Csurka ist bemüht, zwischen Rechtsradikalismus und populistischer Volkspartei einen Mittelweg zu finden. Neben primär negativ besetzter Propaganda verwendet er auch utopische Bilder: Ungarn als regionale Mittelmacht im Karpatenbecken, mit klarer Souveränität über seine Nachbarn, einem national geschlossenen Kleinkapitalismus, geführt von einer ethnokratischen Führungselite, die in altkonservativem Stil dem braven Volk den Weg in die lichte Zukunft zeigt, und liberale Nörgler bzw. Sozialisten (= Kommunisten im Schafspelz) unter Kontrolle hält. Die europäische Integration wurde von ihm zunächst abgelehnt, er agitierte gegen eine NATO-Mitgliedschaft. Im Parlament unterzeichnete er jedoch die gemeinsame Erklärung aller Parteien für den EU-Beitritt.

Als Mehrheitsbeschafferin der bürgerlichen Parteien (besonders im wieder entfachten Kulturkampf, welcher um die Enteignung der Geschichte und der nationalen Kultur ausgefochten wird) wurde die MIÉP einflussreicher in der ungarischen Politik, als dies ihr in Mandaten ausgedrücktes politisches Gewicht nahe legen würde. Die Tatsache, dass die MIÉP als salonfähiger Partner von der Rechten akzeptiert wurde, hat sehr zur Verrohung der ungarischen politischen Kultur beigetragen. Der populistische Stil, durch den soziale und politische Verhältnisse grob vereinfacht und soziale Gruppen als leicht identifizierbare Objekte dem öffentlichen Ärger und Hass ausgeliefert werden, demontiert alle moralischen Barrieren des öffentlichen und demokratischen Diskurses. Der populistische Stil der Politik begann auch die soliden bürgerlichen Parteien der Mitte zu beeinflussen. Starke nationalistische und populistische Strömungen werden in der Regierungspolitik sichtbar, ebenso wie der Versuch

als Alleinvertreter der nationalen Tradition aufzutreten und Liberale bzw. Sozialisten als nationsfremd auszuschließen. Ein autoritärer Stil der Politik machte sich breit. Die regierende *Fidesz* ließ sich oft dazu verführen, die konsensuell ausgehandelten demokratischen fair play Regeln zu übertreten, und tat alles, um den politischen Spielraum der Opposition einzuschränken. Das Hereinnehmen rechtspopulistischer Elemente durch bürgerliche Parteien führt zu einer breiten und bunten rechtsradikalen Subkultur, in der sogar die skurrilsten Ideen hoffähig werden und sich öffentlich präsentieren lassen. In ihren Buchläden lässt sich die ganze faschistische und irredentistische Literatur von Hitlers „Mein Kampf“ über das Protokoll der Weisen von Cion bis zu den Memoiren prominenter rechtsextremer Repräsentanten kaufen. Vor den kommenden Wahlen definiert sich die Partei Csurkas so: „Die MIÉP ist die nationale Kraft! Weder rechts noch links, sondern christlich und ungarisch!“ Ihre Wahlparole lautet: „Vermehren, behalten, zurückerwerben!“ Letzteres ist im Zusammenhang mit dem Irredentismus zu deuten.

Die Wahlen im April 2002 brachten die demokratische Konsolidierung Ungarns trotzdem einen wesentlichen Schritt weiter: Schon in der ersten Wahlrunde sind beide beschriebenen Parteien, sowohl die rechtspopulistischen Kleinlandwirte (die unter 1 % geblieben sind) als auch die rechtsradikale MIÉP (mit 4,36 % der Stimmen), aus dem Parlament ausgeschieden.

In der „samtenen Revolution“ der Tschechoslowakei spielten rechtsradikale Kräfte ebenso wenig eine Rolle wie in anderen Ländern der Region. Nationalistische und populistische Tendenzen erstarkten erst dann, als sich das Sammelbecken demokratischer Kräfte, das „Bürgerliche Forum“ im tschechischen und die Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ im slowakischen Teil, auflöste und sich neue Parteien herausdifferenzierten, welche die politische Szene seit 1992 beherrschen. Die inneren Konflikte begleitet von aufgehetzten nationalistischen Gefühlen haben zur Auflösung der föderalen Republik geführt. Die Abspaltung ist vorbildhaft friedlich verlaufen, dennoch hat sie die

Chancen der populistischen Politik für die nächste Legislaturperiode erhöht. Charakteristisch für den tschechischen Parlamentarismus ist, dass sowohl linksradikale als auch rechtsradikale Parteien im Parlament vertreten waren und über ein Fünftel der Mandate verfügten. Der Populismus ist bei den übrigen Parteien vorwiegend in seiner ökonomischen und nicht politischen Variante vorhanden (Ulc 1996, 90 ff.). Trotz erbitterter Debatten sind die demokratischen Parteien der tschechischen Republik durchaus konsensfähig gewesen.

Die wichtigste rechtsradikale Organisation war die „Republikanische Partei Tschechiens“ (*Sdružení pro Republiku – Republikánská strana Československa*, SPR-RSC) unter Miroslav Sladek, die erste rechtsradikale Partei in der Region, die ins Parlament einziehen konnte. Die Partei wurde schon 1990 gegründet und erreichte bei den Wahlen im Jahr 1992 5,98 Prozent der Stimmen (14 Mandate) im tschechischen Haus der Abgeordneten und über 6 Prozent der Stimmen (8 Mandate) im föderalen Parlament. Bei den tschechischen Wahlen 1996 kam die Partei auf 8 Prozent und schien sich, einen stabilen Platz in der parlamentarischen Demokratie zu sichern. Bei den nächsten Wahlen 1998 schaffte sie den Wiedereinzug jedoch nicht, seither ist ihre Organisation in Auflösung und schwindet die AnhängerInnenschaft. Das rechtsradikale WählerInnenpotential suchte eine neue Partei, die sich 2000 als „Nationaler-sozialer Bund“ registrieren ließ.

Die Republikaner wollten nicht nur den föderalen Staat bewahren, sondern auch die unteren Karpaten zurückgewinnen, die früher zum Land gehört hatten. Sie kritisierten die Abspaltung der beiden Mitgliedstaaten scharf, die ohne eine Volksabstimmung durchgeführt wurde und betrachteten deshalb die neue konstitutionelle Ordnung samt ihrer politischen Würdenträger als illegitim. (Sladek beschimpfte vor allem Präsident Vaclav Havel mit großer Leidenschaft.) Sie verhielten sich oft provokativ, übten den Nazi-Gruß und bestanden auf Verreibung von Roma und Juden aus dem Land. Demagogie und Skandale, Verleumdung und Verschmähung waren ihre politischen Mittel. Sladek wurde oft wegen rassistischer Hetze und

Randalierens vor Gericht zitiert (Hamberger 2000, 309). In seinen Reden bezichtigte er die Regierung eines Zusammenspiels mit der Mafia und den Sudetendeutschen und klagte ihre Mitglieder als Volksverräter an, die gehängt werden müssten. „Nach unserem Sieg werden die Privilegien der Parasiten abgeschafft und ihr Vermögen konfisziert.“ (Ulc 1996, 93) Die AnhängerInnen der Partei stammten meist aus den unteren sozialen Schichten und aus ärmeren Regionen, die eine Regierung mit starker Hand erfordern. (Viele ihrer WählerInnen kamen aus der Armee und Polizei.) (Hamberger 2000, 312) Die innere Struktur der Partei war undemokratisch und ihr Führer benahm sich sehr autokratisch. Die Ideologie der Partei war ein chaotisches Gemisch aus populistischen und demagogischen Ideen. Ihr Protest richtet sich gegen liberalen Kosmopolitismus, Kommunisten und andere Linke, reiche Deutsche und andere ethnische Minderheiten. Sie sahen das Land auch einer internationalen Verschwörung von jüdischem Kapital ausgeliefert. Ihr tschechischer Nationalismus war äußerst xenophob. Auch sie stützten sich auf die Skinheads und andere rechtsextremistische Subkulturen. Die konstitutionelle Demokratie wurde unter dem Vorwand abgelehnt, dass die Politik schmutzig sei und nach unkontrollierbaren Spielregeln von dubiosen Gestalten betrieben werde. Die WählerInnen verpassten ihnen letztlich bei den Parlamentswahlen 1998 einen Denkzettel. Dass diese Partei den Wiedereinzug ins Parlament nicht schaffte, kann als Zeichen demokratischer Konsolidierung gewertet werden.

In der Slowakei ist das Problem des rechten Populismus etwas komplexer. Das Land ist ärmer und seit seiner Abspaltung geopolitisch auch verwundbarer geworden. Deshalb ist die Politik stärker autoritaristischen und nationalistischen Versuchungen ausgesetzt. Es gibt drei Hauptquellen für das rechtsradikale Potential in der Slowakei: 1. die Verklärung des Erbes von Jozef Tiso, dem ersten Gründer eines eigenen slowakischen Staates (ab 1939 unter der Vormundschaft von Nazi-Deutschland); 2. die Skinhead Bewegung; 3. die „Slowakische Nationale Partei“ (*Slovenska Narodna Strana*,

SNS) (Hamberger 2000, 318 ff.; Cibulka 1999, 10 ff.).

Kurz nach dem Systemwechsel entstand die neofaschistische „Slowakische Volkspartei“, als Nachfolgerin von Anton Hlinkas nationalistischer Partei der Zwischenkriegszeit, die in die faschistische Bewegung von Tiso übergegangen war. Auch eine Vereinigung für Josef Tiso propagierte seine Erbe. Die „Partei der Freiheit“ und die „Partei der nationalen Einheit“ mit ihrer starken antitschechischen und ungarnefeindlichen Propaganda gehören zu den extremistischen Parteien. Sie konnten jedoch keine Wahlerfolge erzielen. Das Gedenken an Tiso konnte aber Zehntausende mobilisieren. Während am Anfang die Partei von Miroslav Sladek auch in der Slowakei relativ stark vertreten war, ist ihr Einfluss nach der Abspaltung sehr zurückgegangen und ihre slowakische Version bedeutungslos geworden.

Die Skinhead-Bewegung konnte auch hier einige hunderte Jugendliche mobilisieren. Die „Extrem Rechte Nationale Front“ wurde unter Bronislav Sisak gegründet, der die Skinhead-Gruppen vereinigen wollte. Den Skinheads brachte die slowakische Öffentlichkeit größere Akzeptanz entgegen als den von ihnen angegriffenen Roma (Cibulka 1999, 116).

Die „Slowakische Nationale Partei“ (SNS), obwohl rechtsradikal, kann nicht eindeutig als neofaschistische Partei eingestuft werden. Jan Slota, der die Partei seit 1994 anführt, greift in seinen Reden zwar gerne auf faschistische Losungen und Begriffe zurück und brandmarkt Minderheiten (vor allem Roma und UngarInnen) als Sündenböcke, im Gegensatz dazu verhält sich die Partei moderater. Ihre Ideologie mischt Elemente aus Populismus, Korporatismus und fremdenfeindlichem Nationalismus, der sich vor allem gegen UngarInnen und Roma richtet. Sie wurde zweimal als Koalitionspartner in das Kabinett von Meciar aufgenommen. Hauptprogramm der Partei war die Er kämpfung einer unabhängigen Slowakei, womit die Partei 1992 auch 14 Prozent der Stimmen gewann und zur drittstärksten Partei im Land aufstieg. Sie stellte drei Minister in der ersten Meciar-Regierung. 1994 schied die moderatere Fraktion, unter der Führung von

Ludovit Cernak, aus und lief zur „Demokratischen Union“ unter Josef Moravcik über. In der zweiten Meciar-Regierung verhinderten Jan Slota und seine SNS jegliche Ausweitung der Rechte der ungarischen Minderheit ebenso wie ihre regionale Autonomie. Die Partei betrieb anti-NATO-Propaganda und plädierte stattdessen für Neutralität, wofür sie Garantien von Russland einholen wollte. Die Partei erhielt Unterstützung aus Kreisen des Militärs und der Waffenindustrie, die einen wichtigen Teil der slowakischen Wirtschaft ausmacht.

Die Politik den ungarischen Minderheiten gegenüber ist bis heute sehr umstritten. Die SNS versuchte, die Assimilationspolitik weiter zu treiben, als Eva Slavkovská, ihre Bildungsministerin in der zweiten Meciar-Regierung, den Unterricht in ungarischer Sprache einschränken wollte. Auch Anna Malíková, seit 1999 Präsidentin der SNS, war bestrebt, durch ein Sprachgesetz den öffentlichen Sprachgebrauch des Ungarischen einzuschränken und durch neue territoriale Einteilungen die ethnische Zusammensetzung Süd-Slowakiens zu verändern, um Autonomierechte der ungarischen Minderheit abzuwehren. Diese Bestrebungen blieben nicht ganz ohne Erfolg.

Die Stärke des nationalen Populismus ist in der Slowakei als neuem unabhängigem Staat teilweise verständlich, wenngleich dessen Methoden zweifelhaft sind. Der nationale Populismus ist auch in mehreren anderen Parteien und Bewegungen vertreten, wie in der „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS) von Vladimír Meciar und in der *Matica Slovenska*, einer kulturellen Vereinigung, die seit über hundert Jahren die nationale Sprache und Kultur pflegt. Trotzdem sind sie nicht als extremistisch einzustufen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass das slowakische Volk lange Zeit ohne eigene Staatlichkeit innerhalb des Ungarischen Königreiches lebte und erst seit 1918 in der Tschechoslowakei zu seinen politischen Rechten kam. Die Beziehung zu Ungarn und zur ungarischen Minderheit war seither immer mit Komplexen beladen. Die ungarische Minderheit wird gerne als „fünfte Kolonne“ im Dienst eines ungarischen Irredentismus abgestempelt. Am stärksten sind solch extreme Einstellungen

dort, wo keine UngarInnen leben, denn in den gemischten Gebieten leben die beiden Nationalitäten meist friedlich und in gutem Einverständnis zusammen. Im August 1997 hat Ministerpräsident Vladimir Meciar in seinem populistischen Stil sogar einen „friedlichen Bevölkerungsaustausch“ zwischen Ungarn und der Slowakei vorgeschlagen. Auf den Druck des Europarates hin, hat er dann doch ein gegenseitiges Regierungsabkommen zwischen Ungarn und der Slowakei in Paris unterschrieben, welches die strittigen Fragen friedlich lösen sollte. Bei den Wahlen 1998 ist die Wahlkoalition der ungarischen Parteien in die demokratische Regierungskoalition eingetreten, welche die Meciar-Regierung abgelöst hat, und hat stabilisierend auf die slowakische Demokratie eingewirkt.

Kurzer Überblick über Slowenien, die baltischen Staaten und Osteuropa

Für Slowenien und die baltischen Republiken lässt sich ebenfalls feststellen, dass rechtsextremistische Tendenzen marginal geblieben sind, auch wenn ein nationaler Populismus existiert. In Slowenien ist die Angst um den Verlust der slowenischen nationalen Identität die Quelle des Nationalismus. Im Jahr 1992 gewann die „Slowenische Nationalistische Partei“ mit einem Programm, das die Überprüfung der Staatsbürgerschaft von „südlichen Einwanderern“ anstrebte, bei den Wahlen 9 Prozent der Stimmen (und 13 % der Mandate). Als ihr Führer Zmago Jelincic als ehemaliger Agent der Geheimpolizei enttarnt wurde, haben viele seiner AnhängerInnen die Partei verlassen und zwei neue rechtspopulistische Parteien gegründet: die „Slowenische nationale Rechte“ (SND) und die „Nationale Partei der Arbeit“ (NSD). Sie bezeichneten die aus dem früheren Jugoslawien kommenden EinwohnerInnen als Fremde, die nur die exkommunistische Nomenklatur unterstützten, und forderten, dass der Anteil an AusländerInnen nicht mehr als 7 Prozent der Bevölkerung ausmachen dürfe (Szilágyi 2001). Auch die Sozialdemokratische Partei unter Janez Jansa vertritt populistische Ansichten, die sich aus Antiliberalismus und Antikommunismus, Egalitarismus, Intoleranz gegen Minder-

heiten und Xenophobie zusammensetzen (Rizman 1999, 159 ff.).

Die „Slowenische Nationale Partei“ konnte 1996 wieder ins Parlament einziehen, obwohl das Ergebnis mit 4,4 Prozent bescheiden war, die kleineren rechtsextremen Parteien schafften den Wiedereinzug nicht. In der slowenischen Gesellschaft gibt es auch Bewegungen, die die einst mit den Nazis kollaborierenden „Dobranen“ rehabilitieren möchten, darunter der außerparlamentarische „Neue Slowenische Bund“ und der „Bund der Republikaner“. Solche Bestrebungen sind jedoch marginale Erscheinungen in der slowenischen Politik.

Im Baltikum gab es auch vor dem Krieg starke rechtsextremistische Parteien und Bewegungen (Kasekamp 1999), in den neuen Demokratien sind solche Gruppen und Tendenzen jedoch marginal. Der Systemwechsel war begleitet vom Aufflammen nationaler Gefühle, breite volksfront-ähnliche Bewegungen haben den Kampf um die Unabhängigkeit von der sowjetischen Vormachtstellung getragen. Nach der Entwicklung des politischen Pluralismus ist vor allem das Misstrauen gegen die zahlenmäßig große russische Minderheit in diesen Ländern gestiegen, was den Nationalismus stark macht, wobei Nationalismus für die überwiegende Mehrheit der Intellektuellen vor allem die Verteidigung ihrer ethnischen Besonderheit bedeutet (Donskis 2002, 28 ff.). Von den rechtsextremen Parteien sind konkret die *Eesti Kodanik* aus Estland, die „Volksbewegung für Lettland – Zigerista Partei“ und die „Litauische Nationale Partei – Junges Litauen“ zu erwähnen. Keine besitzt ein hohes politisches Potential, keine ist in die Nähe des Einzugs ins Parlament gekommen.

Rechtsextremistische und populistische Strömungen bzw. Parteien sind gewichtiger in Ländern Osteuropas und auf dem Balkan, wo die Transformation begleitenden Konflikte größere Wirkung zeigten. Aber auch dort geht ihre politische Macht zurück. Die chauvinistische „Liberal-Demokratische Partei“ Zhirinovskis ist auf 6 Prozent zurückgefallen und verfügt über 17 Mandate in der russischen Duma. In der Ukraine gibt es viele kleinere rechtsextreme Gruppierungen außerhalb des Parlaments, obwohl der Populismus stark in den Parlaments-

parteien vertreten ist. In Rumänien ist die nationalistische *Partidul Romania Mare* (Großrumänische Partei) von Corneliu Vadim Tudor mit fast einem Fünftel der Parlamentsmandate relativ stark, wurde aber in die Opposition gedrängt, während die kleineren chauvinistischen Parteien bei den letzten Wahlen im November 2000 nicht mehr als insgesamt 1,4 Prozent der Mandate auf sich vereinen konnten. Dafür ist der „Bund der Ungarn in Rumänien“ (RMDSZ) in der Regierung vertreten und spielt als Koalitionspartner eine wichtige Rolle im Prozess der demokratischen Konsolidierung. Zurückgefallen ist auch die „Serbische Radikale Partei“ von Seselj in Restjugoslawien, sie verfügt derzeit über 8,7 Prozent der Mandate, während der Populismus mit dem Fall von Milosevic stark diskreditiert wurde. In Kroatien hat die „Kroatische Partei der Rechten“ (HSP) auch in einer Wahlkoalition mit der „Kroatischen Christdemokratischen Union“ (HKDU) nicht mehr als 5,2 Prozent der Mandate erlangen können. In den übrigen Ländern haben rechtsradikale Parteien und Gruppen noch weniger Einfluss und gelangten nicht in das Parlament.

Zusammenfassung

Zahlreiche rechtsextremistische Strömungen und Organisationen sind nach dem Systemwechsel im ostmitteleuropäischen Raum entstanden. Gemessen am tiefgreifenden sozialen und politischen Wandel, der den Transformationsprozess begleitet hat, blieb ihr politisches Potential jedoch erstaunlich gering. Besonders die Organisationen, die zu den „traditionalistischen“ Neofaschisten zu zählen sind, blieben schwach und konnten kaum Wahlerfolge erzielen, sie blieben Randerscheinungen im politischen System der neuen Demokratien.

Stärker ausgeprägt sind populistische Tendenzen, welche auch innerhalb der etablierten Parteien der Mitte anzutreffen sind. Diese Traditionen fanden sich in dieser Region, verbunden mit der gehemmten Modernisierung überwiegend agrarischer Gesellschaften, bereits in der Zwischenkriegszeit und wurden wiederbelebt, als der Systemwandel einsetzte. Ihr Charakter hat sich jedoch geändert. Starker Nationalismus

und Neotraditionalismus waren teils Reaktionen auf den Systemwandel und standen in Zusammenhang mit der Herstellung historischer Kontinuität, der Stärkung der eigenen nationalen Identität (besonders bei neu entstandenen Staaten) und auch mit der schwachen Legitimität der neuen politischen Elite, die sich durch die Herannahme dieser Strömungen in ihre Parteien breitere ideologische Unterstützung erhoffte. Der oft sehr raue Stil des politischen Diskurses hängt damit zusammen, dass noch mehr auf dem Spiel steht als bloß ein politischer Wandel: es geht um die Umverteilung von nationalem Reichtum, um sozialen Status und um die Neubestimmung der eigenen Identität. Wo populistische Nationalismus auch in die Regierungspolitik hineinwirkte und zur Ausgrenzung „anderer“ missbraucht wurde, seien dies nationale oder ethnische Minderheiten oder rivalisierende politische Richtungen, kam es zu einer Stärkung autoritärer Tendenzen. Der *ökonomische Populismus* war vor allem in der ersten Phase der marktwirtschaftlichen Reformen stark vertreten. Nach der Umstellung und der beginnenden Konsolidierung der Wirtschaft haben diese Strömungen nachgelassen.

Rechtsextreme und populistische Tendenzen in der Region werden von westeuropäischen BeobachterInnen oft mit Besorgnis verfolgt und als Unreife für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union interpretiert. Umgekehrt müsste die Frage gestellt werden, ob nicht das Hinauszögern des Beitrittsprozesses für den andauernden Rechtspopulismus eine Rolle spielt. Während der Rechtsextremismus alten Stils sowohl im Osten als auch im Westen eine Randerscheinung bleibt, hängen Nationalismus und Populismus auch mit dem Erfolg oder Misserfolg von wirtschaftlicher und politischer Konsolidierung zusammen. Schon die Aussicht auf europäische Integration hemmt solche Tendenzen in der ganzen Region. Der Verlust der Hoffnung auf einen baldigen Beitritt wirkt jedoch gerade in die gegenteilige Richtung. Diesen Ländern wurde seit 1990 ständig eine ungefähre Fünfjahresfrist in Aussicht gestellt, die immer weiter hinausgeschoben wurde, selbst heute ist noch nicht klar, wann der Beitritt erfolgen kann. Deshalb vermehren sich enttäuschte Reaktionen

und brüske Aussagen werden getätigt, wie die vom ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán: „Es gibt auch ein Leben außerhalb der Union.“ Wozu sich an ihre Normen und Werte halten? Die Gefahr von Nationalismus und Populismus in den kleineren Nationen in Ostmitteleuropa kann meines Erachtens gerade durch eine baldige Integration in die Union gezähmt werden. Erst dieser Prozess wird die Konsolidierung der neuen Demokratien erfolgreich und unwiderruflich abschließen.

ANMERKUNG

1 Während es zu den westeuropäischen Entwicklungen zahlreiche empirische Studien gibt (vgl. Betz 1994; Falter/Jaschke/Winkler 1996), fehlen aus Geldmangel in Ost-Mitteuropa gut fundierte Studien im allgemeinen, v.a. aber breit angelegte, vergleichende Forschungsprojekte. Studien zum Thema verfahren meist inhaltsanalytisch und ideologiekritisch (meistens werden Sprache und Ideologie der Rechtsradikalen bzw. Rechtspopulisten oder historische Rückblicke dargestellt), empirische Daten für die relative Stärke solcher politischer Tendenzen können eigentlich nur Wahlstatistiken entnommen werden. (Für vergleichende Betrachtungen siehe <http://www.politicalresources.net>, <http://www.electionworld.org> oder vergleichende Einzelstudien unter [http://www.rferl.org/eeepreport.](http://www.rferl.org/eeepreport))

LITERATURVERZEICHNIS

- Betz, Hans-Georg (1994). *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, London.
- Cibulka, Frank (1999). *The Radical Right in Slovakia*, in: Ramet, Sabrina P. (Hg.). *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Afterword by Roger Griffin, Pennsylvania, 109 ff.
- Donskis, Leonidas (2002). *Identity and Freedom. Mapping Nationalism and Social Criticism in Twentieth-Century Lithuania*, London/New York.
- Gellner, Ernst (1992). *Nationalismus und Politik in Osteuropa*, in: Prokla, 87., 22 Jg., Juni 1992.
- Falter, Jürgen W./Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hg.) (1996). *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27*, Opladen.
- Hamberger, Judit (2000). *Szlovákokról és csehekről – magyar szemmel. Tanulmányok, elemzések*, Pozsony.
- Hroch, Miroslav (1993). *From National Movement to the Fully-formed Nation. The Nation-building process in Europe*, in: *New Left Review*, Nr. 198/1993.
- Kasekamp, Andres (1999). *Radical Right-Wing Movements in the North-East Baltic*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 34 (4), 587 ff.
- Kühnl, Reinhard et al. (Hg.) (1998). *Die extreme Rechte in Europa. Zur neueren Entwicklung in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien*, Heilbronn.
- Lackó, Miklós (1996). *Populism in Hungary: Yesterday and Today*, in: Held, Joseph (Hg.). *Populism in Eastern Europe. Racism, Nationalism, and Society*, Boulder: East European Monographs, 107 ff.
- Mudde, Cas (2000a). *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester and New York.
- Mudde, Cas (2000b). *Populism in Eastern Europe I-II. Radio Free Europe – Radio Liberty East European Perspectives 2*, 5 f., <http://www.rferl.org/eeepreport>.
- Ost, David (1999). *The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational*, in: Ramet, Sabrina P. (Hg.). *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Afterword by Roger Griffin, Pennsylvania, 85 ff.
- Ramet, Sabrina P. (Hg.) (1999). *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Afterword by Roger Griffin, Pennsylvania.
- Rizman, Rudolf M. (1999). *Radical Right Politics in Slovenia*, in: Ramet, Sabrina P. (Hg.). *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Afterword by Roger Griffin, Pennsylvania, 147 ff.
- Schöpflin, George (1993). *Politics in Eastern Europe, 1945-1992*, Oxford and Cambridge.
- Szilágyi, Imre (2001). *A szélsőjobboldal a szlovénoknál. (Rechtsextremismus in Slowenien)* Forschungsbericht im Institut „László Teleki“, Budapest. (Manuskript)
- Tóth, András/István Grajczar (2001). *The emergence of extreme right in the post-socialist Hungary and connection to social changes. Report for the research project „SIREN“ (Socio-economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right)*, funded by the European Commission, Budapest. (Manuskript)
- Ulc, Otto (1996). *Populism, Racism and Society in Czechoslovakia*, in: Held, Joseph (Hg.) (1996). *Populism in Eastern Europe. Racism, Nationalism, and Society*, Boulder: East European Monographs, 63 ff.
- Williams, Christopher (1999). *Problems of Transition and the Rise of the Radical Right*, in: Ramet, Sabrina P. (Hg.) (1999). *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*. Afterword by Roger Griffin, Pennsylvania, 29 ff.

AUTOR

Prof. Dr. Sc. József BAYER (1946), Professor für Politikwissenschaft an der Eötvös Loránd Universität, Budapest. Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (UAW). Aktiver Präsident der *Hungarian Political Science Association* (HPSA).

Adresse: Bank u. 6., Budapest H-1054.